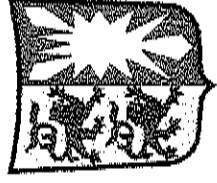




AMT LANDSCHAFT SYLT

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018

Amtssitz: 25980 Sylt/ OT Westerland



INHALTSÜBERSICHT

	<u>Seite</u>	<u>Farbe</u>
1. Vorbericht	1A - 13A	grau
2. Deckungskreisübersicht und Deckungsvermerke	14A - 16A	grau
3. Haushaltssatzung	17A - 18A	grau
4. Einzelpläne Verwaltungshaushalt	1 - 25	blau
5. Einzelpläne Vermögenshaushalt	26 - 34	rosa
6. Gesamtplan		
1. Zusammenfassung der Einnahmen, Ausgaben VE	35 - 37	grün
2. Haushaltsquerschnitt	38 - 44	grün
3. Gruppierungsübersicht	45 - 69	grün
4. Finanzierungsübersicht	70 - 71	grün
7. Finanz- und Investitionsplanung		gelb
1. Einnahmen und Ausgaben nach Arten	72 - 82	gelb
2. Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Aufgaben	83 - 85	gelb
3. Investitionsprogramm	86 - 95	gelb
<u>Anlagen</u>		
1. Grundlagen für die Festsetzung der Amtsumlage	96	rosa
2. Grundlage zur Festsetzung der Geschäftsführungsgebühr	97	rosa

Vorbericht zum Haushaltsplan des Amtes Landschaft Sylt für das Haushaltsjahr 2018

a) Ausblick auf die Haushaltswirtschaft für das kommende Haushaltsjahr

1. Gemeinde- und Amtsverwaltung (allgemeine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr)

Aufgrund der Fusion der Gemeinden Sylt-Ost und Rantum mit der Stadt Westerland, ist die amtsführende Gemeinde aus dem Amt ausgeschlossen. Das Amt wird seitdem von der nicht amtsangehörigen Gemeinde Sylt verwaltet. Dafür ist ein Geschäftsführungsvertrag zwischen dem Amt und der Gemeinde Sylt geschlossen worden. Das Amt zahlt dementsprechend keine Erstattungen für Personalkosten, sondern es wird die Leistung „Verwaltung“ eingekauft, incl. aller Nebenkosten wie Miete, Telefon und Papier.

Diese Vertragsgestaltung führt dazu, dass der Haushalt des Amtes nicht mehr so viele einzelne Haushaltsstellen enthält und eine Geschäftsführungsgebühr im Haushalt auf der HHSt. 0200.67201 veranschlagt ist.

2. Amts- und Gemeindekasse als Gemeinschaftskasse

Die Kassenbestände des Amtes, der amtsangehörigen Gemeinden und der Verbände bilden den Gesamtbestand der Amts- und Gemeindekasse. Soweit die Kasse diese Mittel nicht zur Liquidität benötigt, werden sie zeitlich begrenzt zinsbringend angelegt. In einem internen Abrechnungsverfahren werden monatliche Zinsberechnungen für die Einzelbestände in der ‚laufenden Rechnung‘ und für die Rücklagenbestände vorgenommen.

3. Standesamt

Die Amtsverwaltung hat kein eigenes Standesamt. Die Aufgaben werden wahrgenommen vom Standesamt der Gemeinde Sylt. Die Kostenanteile des Amtes sind unter der HHSt. 0500.67200 mit 30 TEUR veranschlagt.

4. Sylter Archiv

Auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung übernimmt die Stadt Westerland die Archivierungspflicht nach dem Landesarchivgesetz für das Amt. Das Amt beteiligt sich an den Personalausgaben. Seit dem HHJ 2004 werden auch die Kostenanteile der Gemeinde List mit übernommen. In den Vorjahren wurden nur anteilige Personalkosten erstattet. Entgegen dieser Regelung sieht der aktuelle Vertrag vor, dass die gesamten Personalkosten umgelegt werden. Die Gemeinde Sylt verzichtet aber weiterhin auf die Geltendmachung von Raumkosten jeder Art. Die Gemeinde Sylt ist als Rechtsnachfolgerin der Stadt Westerland in den Vertrag eingestiegen.

5. Umsetzung Hartz IV (vormals Sozialhilfe nach dem BSHG/ Grundsicherung nach dem GSiG)

Zur Umsetzung der Sozialrechtsreform Hartz IV haben der Kreis Nordfriesland und die Stadt Westerland per öffentlich-rechtlichen Vertrag eine einheitliche Sozialverwaltung aufgebaut, das Sozialzentrum Sylt. Dieses nimmt für den Kreis Nordfriesland die Aufgaben der sozialen Leistungsverwaltung wahr und ermöglicht es dem einzelnen Menschen, in allen sozialen Fragen von der Kommune schnell und kompetent betreut zu werden.

Ab dem 01.01.2007 besteht eine neue öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übernahme von Aufgaben in dem Sozialzentrum Sylt zwischen der Stadt Westerland und dem ALS. Diese Vereinbarung sieht vor, dass das ALS im Jahr 2007 ca. 1/7 der tatsächlichen Kosten einer Mitarbeiterin an die Stadt Westerland erstattet. Seit dem Jahr 2008 wird entsprechend der tatsächliche Fallzahlen abgerechnet. Die Gemeinde Sylt ist als Rechtsnachfolgerin der Stadt Westerland in den Vertrag eingestiegen.

6. Unterbringung von Asylbewerbern und Aussiedlern

Seit Herbst 2006 waren die der Unterbringung dienenden Wohncontainer auf dem Flugplatzgelände derart baufällig, dass ein Rückbau erforderlich wurde. Die Unterbringung der Asylbewerber erfolgt seit dem dezentral, verteilt auf die amtsangehörigen Gemeinden. Zur Zeit sind die Asylbewerber in mehreren angemieteten Wohnungen auf der Insel untergebracht. Aufgrund der momentan rasant steigenden Zahlen wird auch über eine zentrale Unterbringung diskutiert. Um die Abwicklung zu vereinfachen, werden seit 2014 sämtliche Ausgaben und Einnahmen im Haushalt der Gemeinde Sylt verbucht. Die Differenz wird entsprechend der Einwohnerzahlen zwischen Amt und Gemeinde aufgeteilt.

Die Abwicklung der ehemaligen quotalen Beteiligung der Kommunen an den persönlichen und anderen Leistungen nach dem ehemaligen BSHG läuft seit dem Haushaltsjahr 2005 über das Sozialzentrum Sylt. Für die anfallenden Kosten (Personal- und Sachkosten) der Aufgabenwahrnehmung im Bereich SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz wird seit 2015 ein Betrag an den Kreis Nordfriesland entsprechend der Finanzkraft gezahlt.

7. Unterbringung von Obdachlosen

Obdachlose aus dem Amtsbereich werden ausschließlich durch die Gemeinde Sylt untergebracht in Liegenschaften der Gemeinde Sylt. Die Gemeinde List auf Sylt hat sich dem Modell angeschlossen. Der Pachtvertrag zwischen der Gemeinde Sylt und dem Amt Landschaft Sylt für das Pionierlager ist zum 31.12.2010 ausgelaufen. Die anfallenden Kosten werden analog der Einwohnerzahl zwischen dem Amt und der Gemeinde Sylt aufgeteilt.

8. Beratungsstelle für Erziehungsfragen/ Suchtberatungsstelle Sylt

Die Beratungsstelle für Erziehungsfragen, die unter der Trägerschaft des Kirchenkreises Südtondern eingerichtet ist, erhält seit dem Haushaltsjahr 2005 keinen Zuschuss mehr über den Amtshaushalt. Auch der Zuschuss zu den Personal-, u. Sachkosten in der Beratungsstelle für Suchtkranke, die ebenfalls unter der Trägerschaft des Kirchenkreises Südtondern steht und in Westerland unterhalten wird, wird künftig nicht mehr über den Amtshaushalt gewährt. Die amtsangehörigen Gemeinden haben bzw. werden selbst Vereinbarungen mit den Beratungsstellen bezüglich einer Bezuschussung treffen.

9. Geschäftsführung für Verbände

Der Amtsverwaltung obliegt die Geschäftsführung für den Landschaftszweckverband Sylt (LZV), den Zweckverband Inselgemeinschaft Flugplatz Sylt (FZV) sowie für den Schulverband Norddörfer. Der Schulverband Hörnum- Rantum ging zum 01.01.2010 in dem Schulverband Sylt mit auf.

Auf Grund der Fusion und dem damit verbundenen Übergang des Personals an die Gemeinde Sylt werden zukünftig die aus den Verträgen verbinten Zahlungen nicht mehr an das Amt fließen, sondern direkt an die Gemeinde Sylt. Dazu gehören u.a. die Geschäftskostenpauschalen, die sich beim LZV auf 5.200,-€ und beim FZV auf 5.100,-€ belaufen.

Die Zahlungen erfolgen auf der Grundlage öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen. Für den Schulverband wird kein Verwaltungskostenbeitrag erhoben.

10. Kostenrechnende Einrichtungen, Eigenbetriebe

Das Amt verfügt über keine Kostenrechnenden Einrichtungen als Regiebetriebe innerhalb des Amtshaushaltes.

Für die Wasserversorgung der Gemeinden Kampen und Wenningstedt-Braderup bestand bisher der Eigenbetrieb des Amtes "Wasserbeschaffung- und Versorgung Kampen- Wenningstedt", der rückwirkend zum 01.01.2004 in die private Gesellschaft "Ver- und Entsorgung Norddörfer" umgewandelt wurde.

Auch die Kostenrechnenden Einrichtungen "Abwasserbeseitigung Kampen" und "Abwasserbeseitigung Wenningstedt-Braderup" sind zum 01.01.2006 an die VEN GmbH übergegangen.

Von der Verwaltung betreut werden nun lediglich noch der "Friedhof Wenningstedt-Braderup" und der Kindergarten Wenningstedt-Braderup.

11. Beteiligungen

Das Amt ist im Jahre 2001 als Gesellschafter der „Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland mbH“ beigetreten. Durch das Ausscheiden der ehem. Gemeinden Rantum (Sylt) und Sylt-Ost verringert sich der Mitgliedsbeitrag auf etwa die Hälfte.

12. Doppik

Da die Vermögenserfassung und Bewertung den Anfang in die Doppik darstellt und dieser für das Amt Landschaft Sylt abgeschlossen ist, können seit dem Haushalt 2011 die Abschreibungen durchgebucht werden.

b) Verzeichnis der amtsangehörigen Gemeinden

Gemeinde	Einwohnerzahl		Stand am 31.03.2017	Fläche des Gemeindegebietes qkm
	nach der Volkszählung am 27.05.1970	nach der letzten Volkszählung am 25.05.1987		
Hörnum	1.154	922	884	7,14
Kampen	788	613	456	8,69
List		2.015	1.542	19,00
Wenningstedt- Braderup	1.552	1.578	1.446	6,37
Summe	3.494	5.128	4.328	41,20

d) Rücklagen1. Übersicht über den voraussichtlichen Stand* der Rücklagen - in TEUR -

	Stand zu Beginn des HH-Jahres*	Zuführung		Entnahme	Stand am Ende des HH-Jahres*
		Zuf.betrag	Zinsen**		
1. Allgemeine Rücklage	817	0		646	171
nachrichtlich: davon gebundene RLM	0	0		0	0
verbleiben als freie RLM	817	0		646	171
2. Sonderrücklage					
§ 19 Abs. 4 Nr. 1					
2.1 Abwasserbeseitigung					
2.2 Abfallbeseitigung					
3. Sonderrücklagen					
§ 19 Abs. 4 Nr. 2					
4. Sonderrücklagen					
§ 19 Abs. 4 Nr. 3					
5. Finanzausgleichsrücklage					
§ 19 Abs. 4 Nr. 4					
6. sonstige Sonderrücklagen					

* Soll-Bestände

** Der Zinsbetrag enthält sowohl die Zinsen aus der Anlage der Sonderrücklagen als auch die Zinsgutschriften für die Nutzung der Sonderrücklagen als inneres Darlehen.

2. Mindestbestand der freien Rücklagemittel als freiwillige Verpflichtung (nachrichtlich)

Ausgaben des Verwaltungshaushalts der letzten drei abgeschlossenen HH-Jahre:

2014:	1.592.507 €
2015:	1.662.760 €
2016:	1.863.630 €
	<u>5.118.897 €</u>
Durchschnitt der letzten drei Jahre:	1.706.299 €
Hiervon 1,5%	<u><u>25.594 €</u></u>

als freiwillige Verpflichtung.

Dieser freiwilligen Verpflichtung wird auch im Haushaltsjahr 2018 nachgekommen!

e) Verpflichtungen des Amtes

1. Übersicht über den voraussichtlichen Stand* der Schulden (ohne Kassenkredite) in TEUR

Art	Verschuldung am 01.01. im *		Verschuldung am* 31.12.2018
	Vorjahr	Haushaltsjahr	
1 Schulden aus Krediten			
1.1 Bund, LAF, ERP-Sondervermögen			
1.2 Land	-	-	-
1.3 Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	-	-
1.4 Zweckverbänden und dgl.			
1.5 sonstigem öffentlichen Bereich	-	-	-
1.6 Kreditmarkt			
1.7 Innere Darlehen aus Sonderrücklagen			
1.8 Innere Darlehen aus Sondervermögen ohne Sonderrechnung			
Summe 1	-	-	-
2 Restkreditermächtigungen aus Vorjahren	-	-	-
Summe 1 + 2	-	-	-
nachrichtlich			
3 Schulden aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen			
4 Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung **			
4.1 aus Krediten			
4.2 aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen			

* Soll-Bestände

** die Ausgaben sind zu trennen nach den verschiedenen Sondervermögen

nachrichtlich: Einzeldarstellung der Schulden für das HHJ 2018 (voraussichtlich)

Schulden- nummer	Gläubiger	Beschreibung	Nennbetrag	Stand zu Beginn des HHJ	Kredit- aufnahme	Tilgung	Zinsen + Verw.kosten	Stand am Ende des HHJ	aktueller Zinssatz	Zins- bindung bis	Rest- summe Darlehen bei Ende Zins- bindung -EUR -
					0,00		0,00		0,00%		0,00
		Zwischensumme Darlehen bei Gemeinden u. Gemeindeverbänden	0,00	0,00	0,00		0,00	0,00			
		Zwischensumme Darlehen beim Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
		Zwischensumme Darlehen vom sonstigen öffentl. Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
		Summe Darlehen gesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			

2. Übersicht über die Entwicklung der Schulden

(in den letzten drei abgeschlossenen HH-Jahren sowie deren voraussichtliche Entwicklung im Vorjahr, im HH-Jahr und in den drei nachfolgenden Jahren)

Haushaltsjahr	Schuldenstand d am 01.01.	+ Kreditauf- nahmen	Tilgung	TEUR	TEUR	EURO/ EW (EW 31.03. Vorjahr)	Schuldenstand am 31.12.			nachrichtlich: Restkrediter- mächtigung **
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Innere Darlehen TEUR	andere Schulden TEUR	TEUR	
I	2	3	4	5	6	7	8	9		
Ist - 2014	8	-	8	-	/	-	-	-	-	
Ist - 2015	-	-	-	-	/	-	-	-	-	
Ist - 2016	-	-	-	-	/	-	-	-	-	
Soll - 2017	-	-	-	-	/	-	-	-	-	
Soll im Haushaltsjahr	-	-	-	-	/	-	-	-	-	
Soll - 2019	-	-	-	-	/	-	-	-	-	
Soll - 2020	-	-	-	-	/	-	-	-	-	
Soll - 2021	-	-	-	-	/	-	-	-	-	

* Summe der Spalten 7 und 8 ergibt Spalte 5

** Restkreditermächtigung, die in das Folgejahr übertragen wird

f) Vermögensentwicklung - in TEUR -

(in den letzten drei abgeschlossenen HH-Jahren, im Vorjahr und im HH-Jahr)

	Stand Ende				Stand	
	2014	2015	2016	2017	Beginn 2018	Ende 2018
A. Vermögen nach § 36 Abs. 1 GemHVO						
1. Forderungen des Anlagevermögens						
1.1 Beteiligung sowie Wertpapiere, die die Gemeinde zum Zweck der Beteiligung erworben hat (<i>Mitgliedschaft Gewoba, Genossenschaftsanteile Raiba à 51 €, WIFG à 100 €</i>)	1	1	1	1	1	1
1.2 Forderungen aus Darlehen, die die Gemeinde aus Mitteln des Haushalts in Erfüllung einer Aufgabe gewährt hat (<i>AG-Darlehen, Nordalb. Ges. f. Diakonie, Gewoba</i>)	202	194	186	178	168	161
1.3 Kapitaleinlagen der Gemeinde in Zweckverbänden oder anderen kommunalen Einrichtungen						
1.4 Das von der Gemeinde in ihre Sondervermögen eingebrachte Eigenkapital						
2. Geldanlagen						
2.1 Wertpapiere (<i>Ansparaten Bausparverträge einschl. Guthabenzinsen</i>)	181	184	0	0	0	0
2.2 Einlagen bei Geldinstituten (<i>allgemeine Rücklage</i>)	1.438	1.303	1.380	817	817	170
2.3 Sonstige Forderungen						
B. Vermögen nach § 36 Abs. 2 GemHVO						

g) Finanzlage der Gemeinde**1. Freier Finanzspielraum - in TEUR -**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Gruppierungs-Nr.	Haushaltsjahr					
			2016 ¹	2017 ¹	2018 ²	2019 ²	2020 ²	2021 ²
1	Zuführung zum Vermögenshaushalt	86	0	0	0	0	0	0
2	abzögl. Kreditbeschaffungskosten u. ordentl. Tilgung (§21 Abs.1 Nr.1)	990, 97 ohne 97.8	0	0	0	0	0	0
3	abzögl. Zuführung zur SonderRL-Rückstellungen- (§21 Abs.1 Nr.2)	9110						
4	abzögl. Zuführung zur SonderRL-AbschreibungsRL- (§21 Abs.1 Nr.3)	9120						
5	abzögl. Zuführung zur SonderRL-GebührenausschleissRL- (§21 Abs.1 Nr.4)	9130						
6	abzögl. Zuführung zu Rücklagen der Treuhandvermögen (§21 Abs.1 Nr.5)	9190						
7	abzögl. des Fehlbetrages/-bedarfes im VWH							
8	freier Finanzspielraum	in TEUR	0	0	0	0	0	0
nachrichtlich:								
9	Abschreibungen	270	3	3	3	3	3	3
10	Verwendung von Mitteln der allg. RL, der FinanzausschleissRL oder Einnahmen aus der Veränderung des Anlagevermögens (§ 1 Abs.1 Nr.2) zum Ausgleich des VWH (§ 21 Abs.3)		0	563	646	0	0	0
11	Zuführung zur FinanzausschleissRL (§19 Abs.4 Nr.4)							
12	Zuführung zur AltersteilzeitRL (§19 Abs.4 Nr.6)							
13	Zuführung zur AltlastenRL (§19 Abs.4 Nr.7)							
14	Zuführung zur VerfahrensRL (§19 Abs.4 Nr.9)							

¹ Ergebnisse der Jahresrechnung des dem laufenden Haushaltsjahr vorangegangenen Jahres² Ansätze der Finanzplanung

2. Allgemeines

Dem Vermögenshaushalt werden aus dem Verwaltungshaushalt 0,- € zugeführt, zusätzlich gibt es keine Pflichtzuführungen mehr. Es liegen keine Kredite mehr vor, folglich gibt es auch keine Tilgung mehr. Der verbleibende freie Finanzspielraum beträgt im Haushaltsjahr somit 0,- €. Stattdessen müssen dem Verwaltungshaushalt 298.200,-€ aus dem Vermögenshaushalt zugeführt werden.

3. Voraussichtliche Entwicklung des Haushaltsausgleichs

(im Vorjahr,HH-Jahr und in den drei dem HH-Jahr folgenden Jahren)

Dargestellt wird die Entwicklung der Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt sowie die Entwicklung der allgemeinen Rücklage in EUR bzw. v.H.:

	2017	2018	2019	2020	2021
<u>1. Entwicklung des Haushaltsausgleichs:</u>					
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	0	0	0	0	0
Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	563.000	646.600	0	0	0
Zuführung zur allgemeinen Rücklage	0	0	0	0	0
Gesamt:	563.000	646.600	0	0	0
Deckungsbedarf lt. Finanzplan (VMH)	616.100	1.759.700	384.100	20.100	21.100
Verhältnis Gesamt zum Deckungsbedarf:	91,38%	36,74%	0,00%	0,00%	0,00%
<u>2. Entwicklung der allgemeinen Rücklage:</u>					
Stand am 01.01. des Jahres	1.380.557	817.557	170.957	170.957	170.957
Zuführungen	0	0	0	0	0
Entnahmen	563.000	646.600	0	0	0
Stand am 31.12. des Jahres	817.557	170.957	170.957	170.957	170.957
davon:					
gebundene Rücklagemittel	0	0	0	0	0
freie Rücklagemittel	817.557	170.957	170.957	170.957	170.957

Deckungskreisübersicht zum Haushalt

Deckungskreis	Deckungsform	Deckungskreisansatz
0002 Hauptverwaltung	gegenseitig deckungsfähig	32.500,00 €
0008 Aus- und Fortbildung	gegenseitig deckungsfähig	1.600,00 €
0040 Personalausgaben	gegenseitig deckungsfähig	23.900,00 €
0090 Zinsen	gegenseitig deckungsfähig	0,00 €
0091 Tilgung	gegenseitig deckungsfähig	0,00 €
gesamt:		58.000,00 €

Die Haushaltsstellen der oben aufgeführten Deckungskreise sind alle gegenseitig deckungsfähig, d.h. Minderausgaben bei einer Haushaltsstelle im jeweiligen Deckungskreis berechtigten zu Mehrausgaben bei den anderen Haushaltsstellen im Deckungskreis.

Erläuterungen zu Deckungsvermerken im Haushaltsplan

UDF: Unechte Deckungsfähigkeit gem. § 16 GemHVO

EDF: Echte Deckungsfähigkeit gem. § 17 GemHVO

Deckungskreisübersicht mit EinzeldarstellungDK 0002, Hauptverwaltung (gegenseitig deckungsfähig)

HHSt. Nr. HHSt. Bezeichnung	Gebend / Nehmend, Ansatz 2018
0200.54000 Bewirtschaftungskosten	100,00
0200.55000 Fahrzeughaltung	4.500,00
0200.64000 Allgemeine Versicherungen	3.000,00
0200.65000 Bürobedarf/ Geschäftsausgaben	200,00
0200.65201 Fernmeldegebühren - EDV -	700,00
0200.65400 Reisekosten und Tagelöhler	1.000,00
0200.65500 Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	20.000,00
0200.66100 Mitgliedsbeiträge	1.500,00
0200.67700 Laufende Kosten EDV	1.500,00
Gesamt Deckungskreis	32.500,00

DK 0008, Aus- und Fortbildung (gegenseitig deckungsfähig)

HHSt. Nr. HHSt. Bezeichnung	Gebend / Nehmend, Ansatz 2018
0800.56200 Aus- und Fortbildung	1.600,00
Gesamt Deckungskreis	1.600,00

0040 Personalausgaben (gegenseitig deckungsfähig)

HHSt. Nr. HHSt. Bezeichnung	Gebend / Nehmend, Ansatz 2018
0000.40000 Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten	14.400,00
0000.40100 Sitzungskosten	1.500,00
0000.44800 AG-Anteile Sozialversicherung für sonstige Beschäftigte	1.500,00
0800.46000 Förderung der Betriebsgemeinschaft	2.500,00
1300.40000 Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten	4.000,00
Gesamt Deckungskreis	23.900,00

0090 Zinsen (gegenseitig deckungsfähig)**HHSt. Nr. HHSt. Bezeichnung****Gebend / Nehmend, Ansatz 2018**

9100.80100	Zinsausgaben ans Land	0,00
9100.80400	Zinsausgaben an sonst. öffentl. Bereich (HSH Nord/ LBS)	0,00
Gesamt	Deckungskreis	0,00

0091 Tilgung (gegenseitig deckungsfähig)**HHSt. Nr. HHSt. Bezeichnung****Gebend / Nehmend, Ansatz 2018**

9100.97180	Tilgung von Krediten ans Land	0,00
9100.97280	Tilgung von Krediten an Gemeinden u. Gem.verbände (Kreis NF)	0,00
9100.97480	Tilgung von Krediten an sonst. öffentl. Bereich (HSH Nord/ LBS)	0,00
Gesamt	Deckungskreis	0,00

Haushaltssatzung
des Amtes Landschaft Sylt für das Haushaltsjahr 2018

Aufgrund des § 18 der Amtsordnung für Schleswig-Holstein in Verbindung mit den §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird nach Beschlussfassung durch den Amtsausschuss vom 18.12.2017 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird

1. im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf in der Ausgabe auf	1.796.700EUR 1.796.700 EUR
2. im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf in der Ausgabe auf	1.759.700 EUR 1.759.700 EUR

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen
und Investitionsförderungsmaßnahmen auf 0 EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 0 EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 850.000 EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf 0 Stellen.

§ 3

Die Umlagesätze für die Amtsumlage werden wie folgt festgesetzt:

- a) von den Steuerkraftzahlen auf
 - b) von den Schlüsselzuweisungen und Sonderschlüsselzuweisungen
abzüglich der Finanzausgleichsumlage auf
- } 4,00 v.H.

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Amtsvorsteher seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 der Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 2.500 EURO. Die Genehmigung des Amtsausschusses gilt in diesen Fällen als erteilt.

Der Amtsvorsteher ist verpflichtet, dem Amtsausschuss mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Sylt, 18.12.2017

AMT LANDSCHAFT SYLT

(LS)

- Amtsvorsteher -

Amt Landschaft Sylt

Grundlage für die Festsetzung der Amtsumlage für das Haushaltsjahr 2018

4,00%

Gemeinde	Steuerkraft- zahlen	Schlüsselzu- weisungen (u. Sonderschlüsselzuw.)	Finanzausgleichs- umlage	Finanzkraft: Umlagegrundlagen Sp. 2 + 3 abzgl. Sp. 4	Umlagebetrag 2018: 0% von Spalte 5	zum Vergleich Umlagebetrag 2016	Differenz 2018/2016
	2	3	4	5	6	7	8
Hörnum	979.041	46.092	0	1.025.133	40.995,26	37.918	+ 3.077
Kampen	2.236.037	0	826.956	1.409.081	56.349,42	60.374	- 4.025
List auf Sylt	2.015.167	0	57.756	1.957.411	78.277,24	83.148	- 4.871
Wenningstedt- Braderup	3.139.219	0	646.656	2.492.563	99.678,07	93.859	+ 5.819
gesamt:	8.369.464	46.092	3.340.068	6.884.188	275.299,99	275.299	1

- EUR -

Amt Landschaft Sylt

Grundlage für die Festsetzung der Geschäftsführungsgebühr für das Haushaltsjahr 2018

Gemeinde	Einwohnerzahl I	25 % der Gebühr nach Einwohnern	Finanzkraft	75 % der Gebühr nach Finanzkraft	Geschäftsführung s-gebühr 2018:	Differenz 2018/2017
I	2	3	3	4	6	7
Hörnum	884	60.320,54 €	14,891%	131.931,64 €	192.252,18 €	+ 11.090
Kampen	456	31.115,57 €	20,468%	181.344,63 €	212.460,20 €	- 34.425
List auf Sylt Wenningstedt- Braderup	1.542	105.219,77 €	28,433%	251.913,11 €	357.132,88 €	+ 2.193
	1.446	98.669,12 €	36,207%	320.785,62 €	419.454,74 €	+ 27.341
gesamt:	4.328	295.325,00 €	100%	885.975,00 €	1.181.300,00 €	6.200

25% der Geschäftsführungsgebühr werden gemäß tatsächlichen Einwohner berechnet und die verbleibenden 75% werden nach der Finanzkraft umgelegt.
Die Einwohnerzahlen sind vom 31.12.2015